

Populismus – hilfreiches Korrektiv oder Gefahr für die gegenwärtige Demokratie? – Teil 1

■ WOLFGANG PALAVER

Im Rahmen der von KA und KAVÖ veranstalteten Tagung „Vielfalt hat Zukunft – Demokratie und Populismus“ hielt Wolfgang Palaver ein Referat, das wir in zwei Teilen abdrucken.

Trotz aller Ambivalenz des Begriffs wird aus historisch verständlichen Gründen Populismus zumindest in Österreich und Deutschland – vor allem in akademischen Kreisen – eher negativ verstanden. Eine kurze Lexikondefinition mag dazu als Beispiel dienen:

„Populismus (von lat. *populus* = Volk) ist ein mehrdeutig verwendeter Begriff extrem unterschiedlicher Bewertung. Er dient allg. als Bezeichnung für eine negativ bewertete Politik, die sich in der Gier nach Zustimmung von seiten des Volkes demagogischer Parolen bedient, dem Volke nach dem Munde redet, an Instinkte appelliert und einfache Lösungen propagiert sowie verantwortungsethische Gesichtspunkte weitestgehend außer acht lässt. Positiv bewertet, eine Politik, die die Probleme der ‚kleinen Leute‘ ernst nimmt, sie artikuliert und sich in direkter Kommunikation mit dem Volk vollzieht.“¹

Auch ich selbst stehe dem Populismus ziemlich skeptisch gegenüber, auch wenn ich seine positiven Seiten – auf die ich erstmals vor zwanzig Jahren in den USA im Umfeld der ursprünglich neomarxistischen Zeitschrift *Telos* gestoßen bin – nicht ausblenden will.² Ich beginne also in einem ersten Schritt mit der Gefahr des Populismus bevor ich zweitens auf populistische Quellen für eine Revitalisierung der Demokratie – gerade angesichts einer postdemokratischen Erstarrung – zu sprechen komme. Ein dritter, mir besonders wichtiger Schritt, versucht aber angesichts der Ambivalenz des Phänomens Populismus auf ethisch-spirituelle Vor-

aussetzungen für eine menschengerechte Demokratie hinzuweisen.

1. Die dunkle Seite des Populismus: Eine Neigung zur Jagd auf Sündenböcke

Am Beispiel der rechtspopulistischen Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden (gegründet 2002) beleuchtet der bekannte britischer Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch sowohl Merkmale der Postdemokratie als auch Reaktionen auf diese:

„Das Phänomen Fortuyn stellt sowohl ein Beispiel für die Postdemokratie dar als auch eine Art der Reaktion auf diese. Er nutzte seine charismatische Persönlichkeit, um ein unklares und unzusammenhängendes Programm politischer Maßnahmen vorzuschlagen, das – abgesehen von einem Unbehagen über die Zahl neuer Immigranten in den Niederlanden – keine klar artikulierten Interessen widerspiegelte. Dies sprach Teile einer Bevölkerung an, die ihre früheren politischen Identitäten verloren hatten, half ihnen jedoch nicht, eine neue zu finden. Die niederländische Gesellschaft stellt ein besonders krasses Beispiel für den rapiden Verlust politischer Identitäten dar. Dort gingen nicht nur (wie in den meisten westeuropäischen Gesellschaften) klare klassenspezifische Identitäten verloren, das Land erlebte zusätzlich einen dramatischen Rückgang der Bedeutung religiöser Identitäten.“³

Tatsächlich gehört der Rechtspopulismus zu den mit der Postdemokratie einherge-



Wolfgang Palaver ist Universitätsprofessor für Christliche Gesellschaftslehre und Leiter des Instituts für Systematische Theologie der Universität Innsbruck.

1) D. Noblen, *Populismus: D. Noblen – F. Grotz (Hg.), Kleines Lexikon der Politik (München 2007), 448–449, hier 448.*
 2) Vgl. G. Ulmen (Hg.), *Confronting the Crisis: Writings of Paul Piccone (New York 2008).*
 3) C. Crouch, *Postdemokratie, Edition Subrkamp 2540 (Frankfurt am Main 2008), 40.*

henden Gefahren in Europa. Rechtspopulisten betonen nicht nur – wie das für Populisten allgemein üblich ist – den vertikalen Gegensatz von unten und oben, also von Volk und Elite, sondern grenzen sich auch horizontal von jenen ab, die nicht zum homogen vorgestellten Volk gehören. Zum Rechtspopulismus gehört neben einem „Wir da unten – Ihr da oben“ auch ein „Wir da drinnen – Ihr da draußen“.⁴ Nach dem 11. September äußert sich das in vielen Ländern Europas am Beispiel einer scharfen Abgrenzung gegenüber dem Islam, einer Islamfeindlichkeit, die der deutsche Historiker und Antisemitismus- und Vorurteilsforscher Wolfgang Benz folgendermaßen definiert:

Islamfeindschaft ist das „Ressentiment gegen eine Minderheit von Bürgern bzw. in unserer Gesellschaft lebender Menschen, die mit religiösen, kulturellen und politischen Argumenten diskriminiert und ausgegrenzt werden. Es geht nicht um Terrorakte radikaler Islamisten oder um Modernisierungsdefizite in islamischen Staaten oder Gesellschaften. Gegenstand sind Ressentiments gegen Muslime in unserer Gesellschaft, die diskriminiert werden, weil sie Muslime sind.“⁵

Auch in dieser Hinsicht kann zuerst auf die Liste Pim Fortuyn verwiesen werden, deren Gründer seiner Bewegung marketingmäßig die Islamfeindlichkeit als Markenzeichen zur Unterscheidung vom Establishment verlieh.⁶ Ein besonders deutliches Zeichen in diese Richtung war auch die 2009 durchgeführte Schweizer Volksabstimmung, die mit 57,5% Zustimmung eine klare Mehrheit gegen den Bau von Minaretten erhielt.⁷ Hier zeigt sich deutlich, wie gerade die Schweizer Direktdemokratie viel schneller latente Ängste in der Bevölkerung in diskriminierende Maßnahmen umsetzen kann. Eine kürzlich durchgeführte Studie hält sogar allgemein einen Zusammenhang zwischen der direkten Demokratie und der Behinderung religiöser Minderheiten fest. Auch hier fällt zusätzlich auf, dass Muslime als Ausländer und nichtchristliche Minderheit davon gleich doppelt betroffen sind.⁸

In einer Studie über den islamfeindlichen Rechtspopulismus in Österreich zeigt Farid Hafez, wie vor allem die von Jörg Haider geprägten rechten Parteien FPÖ und BZÖ, aber auch die bürgerliche ÖVP und punktuell selbst die sozialdemokratische SPÖ einen islamfeindlichen Populismus politisch nützen.⁹ Nur für die Partei der Grünen konnte Hafez in dieser Studie keinen islamfeindlichen Populismus festhalten. Das heißt aber nicht, dass nicht auch Politiker der Grünen von dieser Versuchung verführt werden können. In einer Studie über einen Mandatar der Grünen mit Migrationshintergrund zeigt Hafez auf, wie auch hier der Versuch, sich medial als besonders gut integrierter Österreicher zu präsentieren, auf islamfeindliche Strategien zurückgreift.¹⁰ Der islamfeindliche Populismus ist eng mit der Immigrationsfrage verbunden, die rechtspopulistische Parteien vielfach als Sprungbrett benutzen. „Migranten werden“ dabei oft als „Sündenböcke für soziale Probleme dargestellt, die in keinem Zusammenhang mit Migration stehen.“¹¹

Die für den Rechtspopulismus typischen Freund-Feind-Muster und Sündenbockjagden verweisen aber auf eine tiefere Versuchung des Populismus, der im Kampf gegen gemeinsame Feinde (oder Gegner) am leichtesten politisch mobilisieren kann.¹² Das jeweilige „Volk“ konstituiert sich geradezu gegen ihre jeweiligen Feinde. Und im Begriff der Mobilisierung steckt immer auch schon der Mob, der auf die Verfolgung von Sündenböcken und Feinden zielt.¹³

Die populistische Tendenz zur Jagd auf Sündenböcke ist aber noch mit einer viel grundsätzlicheren Problematik der demokratischen Volksherrschaft verbunden. Schon Kant trat für die repräsentative Demokratie ein, um dem Despotismus eines demokratischen alle gegen einen entgegenzuwirken.¹⁴ Kant warnt in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* vor den Gefahren der Demokratie als Regierungsform, die keine Repräsentation, d.h. keine Unterscheidung zwischen Legislative und Exekutive kennt.¹⁵ Das völlige Fehlen eines repräsentativen und damit gegenüber dem Volk transzendenten Elements mache diese Regierungs-

-
- 4) A. Pelinka, *FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs: ÖZP 31 (2002), 281–290, hier 284.*
 - 5) W. Benz, *Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, Beck'sche Reihe 6073 (München 2012), 41.*
 - 6) K. Priester, *Wesensmerkmale des Populismus: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012), 3–9, hier 8.*
 - 7) G. Kreis, *Zur Islamphobie in der schweizerischen Variante: F. Hafez (Hg.), Jahrbuch für Islamphobieforschung. Deutschland, Österreich, Schweiz (Innsbruck 2010), 47–6; Benz, Feinde 183–186.*
 - 8) Schweiz: *Direkte Demokratie behindert religiöse Minderheiten: http://religion.orf.at/projekt03/news/1102/ne110201_schweiz_fr.htm.*
 - 9) F. Hafez, *Islamophober Populismus. Moschee- und Minarettbauverbote österreichischer Parlamentsparteien (Wiesbaden 2010), 69.*
 - 10) F. Hafez, *Islamophobe Diskursstrategien in Grün und Blau. Eine diskursanalytische Analyse eines Interviews des Grünen Bundesrat Efgani Dönmez: J. Bunzl – F. Hafez (Hg.), Islamphobie in Österreich (Innsbruck 2009), 169–183.*
 - 11) T. Lochocki, *Immigrationsfragen: Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012), 30–36, hier 32.*
 - 12) E. Laclau, *Populism: What's in a Name?: F. Panizza (Hg.), Populism and the Mirror of Democracy (London 2005), 32–49, hier 39.*
 - 13) R. Girard, *Der Sündenbock (Zürich 1988), 28.*
 - 14) Vgl. W. Palaver, *Die ethischen Grenzen des Mehrheitsprinzips. Zur*

form zu einem Despotismus, der in letzter Konsequenz von der Logik des alle gegen einen bestimmt werde.

Die problematische Seite des Populismus lässt sich auch religionspolitologisch bzw. politisch-theologisch interpretieren. Wo das Volk zur einzigen – keiner anderen Instanz gegenüber verantwortlichen – Autorität erhoben wird, liegt eine Art von pantheistischer Demokratie vor, die zum Ausschluss aller nicht zum „Volk“ gehörenden Menschen neigt.¹⁶ Carl Schmitt ist ein deutliches Beispiel für diese These. Schon einige Jahre bevor er sich den Nationalsozialisten andiente, entschied er sich für ein populistisches Demokratieverständnis, wie er es beim italienischen Freiheitskämpfer Giuseppe Mazzini und dessen Identifikation von Volksstimme mit der Stimme Gottes fand. Der polemische Sinn von Mazzinis pantheistischer Formel bedeutet die Abwehr jedes übergeordneten Einflusses auf den Volkswillen: „Ablehnung jeder andern und fremden Instanz, die im Namen Gottes dem Volk ihren Willen auferlegen will, also Ablehnung aller politischen Einflüsse und Einwirkungen, die nicht der substantziellen Homogenität des eigenen Volkes entspringen.“¹⁷ In seiner Schrift über den Parlamentarismus ließ Schmitt die Ausschließungslogik sichtbar werden, die eine solche unkritische Überhöhung der Volkshomogenität mit sich bringt, denn zur Homogenität der Demokratie gehöre „nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“.¹⁸ Wo die Stimme des Volkes mit der Stimme Gottes identifiziert wird, oder als quasi heilig und daher nicht mehr kritisierbar gilt, droht die gewaltsame Ausschließung alles „Fremden“. Was hier am Beispiel von Schmitt deutlich wird, betrifft ein grundsätzliches Problem der Demokratie. Karl Jaspers sprach vom „Knoten in der Demokratie“, weil diese „die Herrschaft der Vernunft durch die Herrschaft des Volkes“ sein wolle.¹⁹ Ausdrücklich warnte er in diesem Zusammenhang vor einer „Vergötzung“ des Volkes, das demgegenüber der von Institutionen unterstützten Selbsterziehung bedürfe, um dem Anspruch der Demokratie, die Vernunft zu verkörpern, gerecht werden zu können.

Gegen die Vergötzung des Volkssouveräns vertritt Jaspers die „demokratische Idee als Weg“.²⁰ Wenden wir solche religionspolitologischen Überlegungen auf den gegenwärtigen Populismus an, muss allerdings berücksichtigt werden, dass es hier nicht um direkte religiöse Bezüge geht, sondern um ersatzreligiöse Dimensionen. Karin Priester übersieht das, wenn sie Werner Ernsts Feststellung kritisiert, der eine „Art mystische, heilige, religiöse Vereinigung mit der Masse, dem ‚Volk‘“ zu den Phänomenen des Populismus zählt.²¹

Im Blick auf Totalitarismen des 20. Jahrhunderts konnte René Girard die Identifikation von Volksstimme und Gottes Stimme mit seiner anthropologischen These vom Sündenbockmechanismus als Ursprung menschlicher Zivilisation in Verbindung bringen: „*Vox populi, vox dei*. Die lateinische Spruchweisheit ist präziser Ausdruck des Sündenbocksystems.“²² Der kanadische Philosoph Charles Taylor greift auf Girards Anthropologie zurück, um sich mit grundsätzlichen Problemen der modernen Demokratie auseinander zu setzen. Für ihn ist der Zusammenhang von demokratischer Revolution und der Jagd auf Sündenböcke ein bleibendes Problem der Moderne.²³ Ethnische Säuberungen begleiten seiner Meinung nach nicht zufällig den Aufstieg der Demokratie:

„Das Prinzip der Volkssouveränität macht Minderheiten zu einem Problem. Nach diesem Prinzip wird die Identität eines Staates in letzter Instanz vom Volk entschieden. Wenn wir einer Minderheit einen Platz in unserem Volk einräumen, kann diese beanspruchen, unsere politische Identität zu ändern; wenn wir diese Minderheit ausschließen, verweigern wir ihren Mitgliedern eines der Grundrechte der Moderne, das Recht auf Staatsbürgerschaft. In beiden Fällen kann es dazu kommen, dass die Minderheit Teile unseres Territoriums für sich reklamiert. Also müssen wir ihre Mitglieder assimilieren, und wenn sie sich widersetzen, sind wir versucht, zum Mittel der ethnischen Säuberung zu greifen. Daher ist es kein bloßer Zufall, dass das 20. Jahrhundert

politischen Theologie der Demokratie: A. Autiero (Hg.), Ethik und Demokratie. 28. Fachkongress für Moralthologie und Sozialethik (Sept. 1997/Münster), Studien der Moralthologie 8 (Münster 1998), 85–111, hier 92.

- 15) I. Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf* (Stuttgart 1993), 14.
- 16) Palaver, *Grenzen*, 86–97.
- 17) C. Schmitt, *Verfassungslehre* (Berlin⁶1993), 238.
- 18) C. Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* (Berlin⁶1985), 14.
- 19) K. Jaspers, *Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewusstsein in unserer Zeit* (München⁷1983), 422–425.
- 20) Jaspers, *Atombombe* 426–427.
- 21) W. W. Ernst, *Zu einer Theorie des Populismus: A. Pelinka (Hg.), Populismus in Österreich* (Wien 1987), 10–25, hier 11.
- 22) R. Girard, *Hiob – ein Weg aus der Gewalt* (Zürich 1990), 167.
- 23) C. Taylor, *Modern Social Imaginaries* (Durham 2004), 138.

- 24) C. Taylor, *Gewalt und Moderne: Transit* (2002), 53–72, hier 6; C. Taylor, *Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? Aufsätze zur politischen Philosophie* (Frankfurt am Main 2002), 30–50 „Demokratie und Ausgrenzung“.
- 25) R. Douthat, *Democracy's Collateral Damage: The New York Times* (16.10.2011), SR12.

sowohl den Aufstieg der Demokratie als auch den Höhepunkt der ethnischen Säuberungen verkörpert.“²⁴

Wir konnten diese von Taylor angesprochene Tendenz zu ethnischen Säuberungen teilweise in den „Demokratisierungspro-

zessen“ im ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion beobachten. Auch die demokratischen Revolutionen des arabischen Frühlings sind leider nicht frei davon, wie die Gewalt gegen die koptische Minderheit in Ägypten zeigt.²⁵

Demokratie – in der Kirche!

■ FRANZ JOSEF WEISSENBÖCK



Franz Josef Weissenböck, Dr. theol., Journalist und Autor, systemischer Coach und Supervisor.

Demokratie in der Kirche, gar die Kirche eine Demokratie? Gedankenspiele dieser Art werden derzeit so gut wie gar nicht (mehr) gespielt. Das mag zum einen der Tatsache geschuldet sein, dass in der katholischen Kirche von oben her die Uhren massiv zurück gedreht werden, zum anderen aber dem Umstand, dass der Zustand unserer – der österreichischen, der europäischen – Demokratie derzeit wenig Anlass zu Begeisterung bietet. „Über Glaubensfragen kann man nicht abstimmen, und die Kirche ist keine Demokratie.“ Diese quasi dogmatischen und jeden weiteren Diskurs abschneidenden Sätze bekommt zu hören, wer die Ansicht vertritt, der katholischen Kirche könnte es nicht schaden, in ihrem Binnenraum Errungenschaften der Neuzeit mehr Platz einzuräumen.

Absehend vom katholischen Retrokurs und der von Skandalen erschütterten sowie durch vorgebliche ökonomische Zwänge unter Druck geratenen Demokratie sollen hier drei Fragen aufgegriffen werden: Wird die Demokratie überschätzt? Wird sie unterschätzt? Welche Formen demokratischer Machtausübung und -kontrolle sind mit der katholischen Kirche kompatibel?

Überschätze Demokratie

Demokratie ist keine Garantie für Menschenrechte, kein Allheilmittel für die

Gesellschaft, keine Verwirklichung eines Paradieses auf Erden. Demokratien können versagen, scheitern, Unheil nicht verhindern. Drei Beispiele zur Förderung des Realitätssinnes.

Die attische Demokratie des 4. Jahrhunderts v. Chr. gilt als Vorbild und Mutter der modernen Demokratien. Nicht zufällig ist das österreichische Parlament einem griechischen Tempel nachgebildet. Im Jahr 399 v. Chr. wurde von den Organen dieser ersten Demokratie, die wir kennen, Sokrates zum Tod verurteilt und hingerichtet. Der Gerichtshof entschied in zwei Durchgängen. Zuerst ging es um schuldig oder nicht schuldig. Von den 501 Geschworenen stimmten 281 für schuldig, 220 für nicht schuldig. Als es um die Todesstrafe ging, waren dann 300 dafür, 201 dagegen. Also haben 80 Richter, die Sokrates für unschuldig gehalten haben, für seinen Tod gestimmt. Sokrates ist ein Opfer der Demokratie, deren Vertreter es durchaus gern gesehen hätten, wenn der alte Sokrates sich dem Schierlingsbecher durch Flucht entzogen hätte. Korrupt war sie also auch noch, diese Demokratie.

Ein 2. Beispiel. Im Dezember 1831 stößt der französische Staatsphilosoph Alexis de Toqueville am Ufer des Mississippi auf einen Treck von Indianern. Sie sind gerade dabei, sich mit ihren kümmerlichen Habseligkeiten auf einen Flusssdampfer zu begeben. Die Bundesregierung hatte